

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anschlag auf die deutsche Post.

Frankfurt, 30. April. (Mf.) Wie der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, hat Tirard angeordnet, die gesamte für das unbesetzte Deutschland bestimmte Post zurückzubehalten und zu beschlagnahmen, angeblich weil die deutsche Post sich weigere, die für die Okkupationsorgane bestimmten Postsendungen zu befördern.

Der Beschluß Tirards würde, wenn er durchgeführt werden sollte, einen weiteren Schritt zur Lösung des besetzten Gebietes von Deutschland bedeuten. Es ist zweifellos, die Maßnahme vom rechtlichen und moralischen Standpunkt aus zu betrachten. Der Kampf, den die französische Regierung am Rhein und an der Ruhr führt, ist ein reiner Machtkampf. Er hat in den letzten Wochen immer erbittertere Formen angenommen. Nachdem man die Eisenbahnen teilweise militarisiert und einen großen Teil des Verwaltungskörpers durch Beamtenausweisungen lahmgelegt hatte, schritt man zur Auflösung des deutschen Rheinlandkommissariats und versuchte auf diese Weise, den amtlichen Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland zu paralysieren. Durch die Maßnahmen gegen den Automobilverkehr, die übrigens auch die Lebensmittelverteilung im besetzten Gebiet sehr erschweren, versuchte man den persönlichen Verkehr zwischen den Gebietsteilen zu unterbinden. Der Anschlag gegen die Post würde das besetzte Gebiet hermetisch von Deutschland abschließen. Es ist auffällig, daß die französische Regierung zu derartigen Mitteln in einem Augenblick greift, in dem wir unsere Bereitschaft zu Verhandlungen zeigen.

Endlich Offenheit!

Die Rheinrepublik Frankreichs Programm.

Brüssel, 30. April. (EP.) In einer hier gehaltenen Rede, der u. a. Thennis und Japar bewohnten, bedauerte der französische Kriegsminister Maginot, daß am Kriegsende die Alliierten nicht nach Deutschland marschiert seien. Man hätte dann heute längst die rheinische Republik und somit eine Wand gegen zukünftige Revanchekriege.

Klagen der französischen Hüttenbesitzer.

Metz, 30. April. (EP.) Der Vorsitzende des Comité des Forges, de Wendel, hielt in der Meher Handelskammer vor einer Ingenieurversammlung eine Rede über den Ruhelosigkeit. Er erklärte, daß die Produktionsfähigkeit der lothringischen Industrie gegenwärtig infolge des Ruhelosigkeit stark eingeschränkt worden sei. Drei Viertel der Hochöfen, die im letzten Jahre in Betrieb waren, mußten ausgetüchtelt werden, und nur noch ein Fünftel bis ein Viertel der im letzten Jahre behandelten Erze würden heute verarbeitet. Die Industriefirmen hätten außerdem große Geldopfer für die Arbeitslosenunterstützung bringen müssen. Der letzte von Deutschland angelieferte Kohlenstreich hätte ebenfalls beträchtliche Verluste für die Industrie im Gefolge gehabt. Die lothringischen Industriefirmen hätten bis jetzt aber nicht die staatliche Hilfe angerufen wie die Ruhrindustriellen. Es sei fasslich, wenn gesagt werde, die französischen Großindustriellen hätten die Befehle der Ruhr veranlaßt, um die deutsche Konkurrenz auszuschalten. Die lothringischen Industriellen seien im Gegenteil wieder befragt noch von der Befehle der Ruhr von vornherein verständigt worden. Da Frankreich ein azerbaureibendes Land sei, könne es länger durchhalten als Deutschland und werde den Sieg davontragen.

Der Kampf um die Kohle.

Paris, 30. April. (EP.) Die Franzosen haben 4 weitere Kohlengruben im Ruhrgebiet besetzt, und zwar die Grube Groß Ralthe II bei Grodebed, die Grube Blumenthal bei Reddinghausen und die Gruben Reddinghausen, sowie Dahnbusch bei Belsenkirchen.

Cudwigshafen, 30. April. (Mf.) Die Bestimmungen der Rheinlandkommission über den Verkehr von Postkraftwagen im besetzten Gebiet haben eine Einschränkung infolge der Befehle, daß nun nicht nur in der Pfalz anässige, sondern auch rechtsrheinische Besitzer von Kraftwagen die Erlaubnis, in der Pfalz zu verkehren, erwirken können, wenn sie die für die linksrheinischen Autobesitzer geltenden Formalitäten erfüllen. Sie erhalten demnach einen Verkehrschein, wenn sie vor dem 15. Januar von der deutschen Behörde die Verkehrserlaubnis besessen haben. In diesem Falle haben sie sich an den französischen Bezirks- oder Kreisdelegierten zu wenden, worauf ihnen gegen eine Gebühr von 5000 M. ein Verkehrschein ausgestellt werden kann.

Die Vorbereitung des Angebots.

Die Konferenz mit den Parteiführern, in der der deutsche Reparationsvorschlag besprochen werden soll, ist abermals um einen Tag, auf Dienstag, verschoben worden. Man rechnet dennoch damit, daß die Ueberreichung der Note am Mittwoch erfolgen kann.

Breitscheid über das Angebot.

Bln, 29. April. (Mf.) Der Abgeordnete Breitscheid sprach heute in einer sozialistischen Parteiversammlung im Gürzenich über das Thema: „Deutschland und Frankreich“. Der als zweiter Redner angekündigte französische Arbeiterführer Grumbach war gestern telegraphisch von hier nach Paris, abberufen worden. Breitscheid bezeichnete den Weg, den die Regierung Polnacés einschlägt, als ungeeignet, um eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen, aber die Gegner dieser Politik lasse man

in Frankreich nicht zu Worte kommen. Die französische Regierung habe irrtümlich geglaubt, sich bei der Ruhraktion auf die Gegenseite stützen zu können, die in Deutschland zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter bestehen. Die deutsche Arbeiterschaft werde den Klassenkampf auch gegenüber dem französischen Kapitalismus bekämpfen. Der Abwehrkampf an der Ruhr sei nicht ein Diktat des Kabinetts Cuno, sondern in erster Linie getragen vom freien Willen der Arbeiterschaft. Seitens Deutschlands müßten positive Vorschläge gemacht werden, um zu Verhandlungen zu kommen. England sei Gegner der Ruhrpolitik, weil es die französische Macht auf dem europäischen Kontinent fürchte. Nach Ansicht Breitscheids solle die deutsche Regierung eine bestimmte Ziffer nennen, die sich etwa in einer Höhe von 30 Milliarden Goldmark bewege, wozu Frankreich 26 Milliarden erhalten solle, in die die Befehlungsstellen der Ruhr einzurechnen seien. Deutschland und Frankreich könnten sich gegenseitig verpflichten, auf hundert Jahre keinen Krieg zu führen, vorausgesetzt, daß die deutschen Grenzen gesichert würden. Unter keinen Umständen werde man zulassen, daß auch nur eine Straße vom deutschen Land abgetrennt werde. Die Räumung des Ruhrgebietes sei sofort nach Tätigung des neuen Vertrags vorzunehmen.

Vor neuen Kohlenpreiserhöhungen.

Der Sturz der Mark hat zu neuen Preissteigerungen geführt und damit die Arbeiter zu neuen Lohnforderungen veranlaßt. Auch die Bergarbeiter sind dadurch in die Zwangslage versetzt worden, neue Lohnforderungen zu stellen. Die Verhandlungen darüber beginnen am 30. April. Schon die Ansetzung des Verhandlungstermins gab den Kohlenyndikaten Veranlassung, beim Reichskohlenrat eine Sitzung zu beantragen, die auf den 3. Mai festgesetzt ist. In dieser Sitzung sollen neue Preiserhöhungen beschlossen werden, falls die Forderungen der Arbeiter bewilligt werden. Das bedeutet eine völlige Schwentung in der Haltung der Reichsregierung. Nach in einer der letzten Sitzungen des Reichstages brüstete sich der Reichswirtschaftsminister Beder mit dem Abbau der Kohlenpreise, obwohl er doch in der Hauptsache durch die Ermäßigung in der Kohlensteuer von 40 auf 30 Proz. erzielt worden ist. Seit dieser Erklärung sind nur wenige Tage verstrichen und schon stehen wir vor gewaltigen Preiserhöhungen der Kohle. Das ist der Schiffbruch der Preispolitik der Regierung Cuno-Beder. Nicht Preisabbau, sondern Preiserhöhungen hat sie gebracht, dafür aber den Unternehmern Riesengewinne aus Reichsmitteln bewilligt.

In welcher ungeheurer Weise die Kohlenpreise einschließend der Frachten vom Jahre 1914 bis zum Februar 1923 sich steigerten, zeigt die Tatsache, daß ein Zehntonnenwagen Bricketts im Juli 1914 90 M. kostete, in der letzten Hälfte des Dezember 1922 263 330 M., im Januar 1923 445 350 M. und im Februar 1923 615 200 M. Vom Jahre 1914 an haben sich die Kohlenpreise um das 9600fache gesteigert, also weit mehr als der Dollar, der nur etwa um das 7000fache gestiegen ist. Wird aber das Urprodukt unseres ganzen wirtschaftlichen und industriellen Lebens in so gewaltiger Weise verteuert, dann müssen notgedrungen alle anderen Preise folgen.

Die Grubenbesitzer können nicht klagen, daß sie niedrige Gewinne erzielt haben. Besonders nicht in der letzten Zeit. Gerade sie haben vom Reich ungeheure Kredite in Markbeträgen erhalten und durch den Sturz der Mark automatisch ein Drittel des Kredits verlor. Deshalb brauchen sie auch bei den Lohnerrhöhungen keine Preiserhöhungen. Bewährt die Regierung sie trotzdem, so wird man sie wegen Verschleuderung von Reichsgeldern verantwortlich machen müssen.

Neue Devisensteigerung.

Die Börse stand bei Beginn der neuen Woche im Zeichen einer allgemeinen Hausse. Die ungünstige Beurteilung der außenpolitischen Lage erweckt hinsichtlich der weiteren Kursgestaltung der Mark sehr ernste Befürchtungen. Die Mitteilung der Reichsbank, daß das Golddepot im Ausland weiter vergrößert und bereits in Höhe von 84,9 Millionen Goldmark für die Aufnahme eines Lombardkredits in Anspruch genommen sei, verstärkt diesen Pessimismus ganz wesentlich. Auch die Steigerung des Notenumlaufes um weitere 238,1 Milliarden auf 6096,01 Milliarden Mark in der dritten Aprilwoche macht einen ungünstigen Eindruck. Die Folge ist eine sehr frühe Tendenz für Dollars. Der Dollar stellte sich auf 30 000-30 250. Am Effektenmarkt setzte eine neue allgemeine Marktlucht ein. Die Kursbewegung artete besonders am Rentenmarkt, Kallmarkt und bei den Valutapapieren in eine stürmische Hausse aus.

Morgen keine Börse.

Der Börsenvorstand gibt bekannt: Wegen der für den 1. Mai zu erwartenden Verkehrserschwerungen findet eine Börsensammlung an diesem Tage nicht statt. Demgemäß entfällt an diesem Tage auch die Lieferung von Wertpapieren und ausländischen Zahlungsmitteln. Die Notierung von Bezugsrechten verschiebt sich um einen Börsentag. Am Mittwoch, dem 2. Mai, werden die Kursnotierungen in der Zeit von 1 bis 3 Uhr zur Entgegennahme von Aufträgen und zur Erledigung von Reklamationen in den Börsenräumen ausgesetzt und der Verkehr eingestellt.

Der 1. Mai ... verboten!

O. L. Rom, den 27. April.

„Redet uns nicht von Freiheit“, hat dieser Tage eine Leuchte des Faschismus einem Interviewer des „Temps“ gesagt, „das ist ein Luxusartikel für wohlhabende und ruhige Völker; nichts für Italien“. Im Zeichen dieser Auffassung begehrt man diesmal in Italien den 1. Mai. Die Regierung hat ihn verboten. Sie hat freilich einen „Ersatz“ beigelegt, indem sie den 21. April zum „nationalen Fest der Arbeit“ stempelte. Was ist eigentlich dieser 21. April? fragt man sich im Auslande und auch in einem guten Teil Italiens. Es ist das Datum, das man übereingekommen ist, als Tag der Gründung Roms zu feiern; als Festtag empfunden wurde der Tag ausschließlich in Rom, und zwar erst seit wenigen Jahren, seit nämlich die Freimaurer anfangen, ihn als Fest mit ausgesprochen antiflerikalem Charakter zu begehen. Künftig wird der Tag nun einen ausgesprochen antiproletarischen Charakter tragen.

Aber der 1. Mai ist abgeschafft, er ist verboten. Die Polizei von Mailand hat sogar Strafmaßnahmen bei Arbeitsenthaltung angedroht. Wer streikt, wandert ins Gefängnis; wer etwa eine rote Kette tragen sollte, wird voraussichtlich mit faschistischem Reisepaß dahin wandern, wo es keine Gefängnisse mehr gibt und wo die Freiheit kein Luxus mehr ist. Dies geschieht im Jahre 1923 oder, wie Mussolini mit diesem historischen Sinn und noch tieferer Bescheidenheit zu schreiben geruh: „im ersten Jahre der neuen Ära“.

Diese neue Ära läßt sich an wie eine Art moralische Eiszeit. Was Wunder, wenn dabei auch der 1. Mai erfriert? Freiheit ist für reiche Völker und das tollkühne Proletariat ist bitter arm, das will ihm seine Regierung zum Bewußtsein bringen. Wir hatten gedacht, daß es weit ärmere Völker gibt, aber wenn die Freiheit das Maß der Wohlhabenheit ist, dann war das wohl ein Irrtum, dann gibt es höchstens noch in Rußland ein ärmeres Volk.

Während die Mä... der Arbeit der ganzen Welt ihr Fest feiern, das Fest ihrer Würde und ihrer Rechte, steht das italienische Proletariat als Paria beiseite. Ihm klingen noch die Fanfaren der Feste in den Ohren, die man in seinem Namen feiert — denn Geld zu Festen hat man, viel Geld zu vielen Festen, nur zur Freiheit reicht es nicht. Aber lauter als all diese Fanfaren klingt ihm die Erinnerung an eine Zeit, in der der italienische Arbeiter ebenbürtig neben dem der anderen Völker stand, die Feste feiern durfte, von denen sein Herz etwas wußte, noch nicht zu arm war, um aus freiem Willen eines Tages Arbeit hinzugeben für eine Idee des Rechtes und der Menschenwürde.

Damals gab es ein Proletariat, heute scheint es nur noch Böbel geben zu sollen, damit sich die neuen Herren von ihm abheben als Aristokratie. In einer blutrünstigen Rede — kannibalistisch nennt sie die „Voce Repubblicana“ — hat der Unterstaatssekretär der Finanzen erklärt, der Faschismus werde mit allen Mitteln seine „streng aristokratische Auffassung durchsetzen, mit der Zustimmung der Nation und ohne ihre Zustimmung“. Die nationale Miliz, die heute Gewehr und Bajonett hat, wird morgen Flammenwerfer und Kanonen haben für die innere Ordnung und als Warnung für das Ausland, das uns Achtung schuldig ist. Diese Achtung wird dem Lande in unbegrenztem Maße zuzufießen. Ein Volk, das zur Freiheit zu arm und zu niedrig ist, das man mit Kanonen und Flammenwerfern in Ordnung halten muß, dessen Aristokratie nach außen die Weltbeherrschung anstrebt und nach innen nach „einer halben Stunde Belagerungszustand und einer Minute Feuer“ lechzt, zwingt der ganzen Kulturwelt Achtung ab. Da war ja die römische Weltbeherrschung ein Waisenknecht dagegen.

In die „freiwillige Miliz für die nationale Sicherheit“ werden jetzt alle Mitglieder der faschistischen Partei von Amte wegen eingetragen; so löst sich auch hier das Problem von Disziplin und Freiheit durch die Schaffung des Begriffs der „obligatorischen Freiwilligkeit“. So werden im Lande also nicht mehr 150 000, sondern 300 000 Faschisten Ordnung halten, mit Flammenwerfern und Kanonen. Es muß doch mehr Freiheit im Lande gewesen sein, als man sich selbst klar machte, wenn es eines so großen Apparates bedarf, um mit ihr auszuräumen.

Wie die Freiwilligkeit obligatorisch wird, so wird auch die „Mitarbeit der nicht faschistischen Elemente“ in dem Sinne vereinfacht, daß man den Begriff aufspaltet, so daß auf der einen Seite die Mitarbeit bleibt, auf der anderen die „nicht faschistischen Elemente“; beide existieren weiter, aber jedes für sich. Bisher durften die Klerikalen dem Kabinett Mussolini einen Minister und drei Unterstaatssekretäre stellen, wobei ausdrücklich abgemacht war, daß diese nicht als Vertreter einer Partei, sondern mit Rücksicht auf ihre persönliche Tüchtigkeit dem Kabinett angehörten. Auf dem Parteitag der Klerikalen Partei, der Mitte April in Turin tagte, nahm aber die Mehrheit eine, wenn auch sehr gemäßigtere antifaschistische Haltung an, namentlich durch Annahme einer Tagesordnung, die die Aufrechterhaltung des Proporz forderte. Obwohl auf diese Haltung des Kongresses einige atrotatische Krümmungen der Klerikalen Parlamentsfraktion folgten, hat Mussolini den Rücktritt der vier klerikalen Mitglieder seines Kabinetts angenommen, so daß nunmehr Faschisten und Nationalisten ganz unter sich sind. Einen Stich ins Lächerliche bekommt die Sache einmal durch die Liste der faschistischen Bediensteten, die man den Klerikalen jetzt unterbreitet und dann durch die Abschaffung der frei gewordenen Minister- und Unterstaatssekretärstellen. Das Arbeitsmini-

terium wird abgeschafft. Daraus sollte man schließen, daß es doch eigentlich nicht sehr nötig oder nützlich war; warum hat man es dann bis jetzt beibehalten und hätte es weiter gefüttert, solange die Merikalen lüschten? Was die Verdienste betrifft, so bringt das etwas überprüfende Blatt der Familie Mussolini, das „Popolo d'Italia“ ganz unverständlich die nachstehende Liste: Kreuzfahr und Religionsunterricht in den Schulen; Freiheit der Schule; Abweisung jeder Möglichkeit, die Ehecheidung einzuführen; Rettung eines kirchlichen Bankinstituts (des Banco di Roma) usw. Gott schütze uns vor unseren Freunden! Kreuzfahr und Bankinstitut mögen für den Faschismus gleichwertig sein und gleiche Funktionen erfüllen, aber das sagt man doch nicht!

Während der Faschismus die „Mitarbeit“ immer mehr auf die eigene Partei beschränkt, bietet sich in den Reihen dieser ein Ersatz für den dadurch entstehenden Mangel an Abwechslung. Einige der latenten Konflikte der mit so eisernem Befehl zusammengeführten Scharen jagen jetzt an, in die Erscheinung zu treten. Einmal der Konflikt zwischen den alten Faschisten und dem neuen Zusauf. Der „Hohe Kommissar“ für die Region der Marken hat bestimmt, daß alle nach dem Marsch auf Rom zur Partei gekommenen Faschisten ausgeschlossen werden sollen, und es hat sich dabei herausgestellt, daß die Ausgeschlossenen die große Mehrheit bilden! An anderen Orten überwuchern die persönlichen Vorrangstreitigkeiten; in der Provinz Neapel will es mit der Verschmelzung von Nationalisten und Faschisten nicht glücken. Dabei finden die Gewalttaten kein Ende. In Ruß in der Romagna haben die Faschisten, wie die „Voce Repubblicana“ berichtet, fünf Republikaner mit der Hundefänger-Schlinge eingefangen! Das bildet eine würdige Ergänzung des Rhinussis. Genosse Gaetani ist in der Eisenbahn von zwei Faschisten überfallen und mißhandelt worden; dann hat man ihn aus Biocena „verbannt“. In Caserta hat der Faschiste die Drucker „Unione“ verbrannt, deren Haltung (sie gehört keiner Partei an) ihm nicht paßte. Ein Kriegsstrüppel, der Leutnant Gorini, ist auf der Mailänder Postzeitung von einem Faschisten geohrfeigt worden, weil er sich im Namen der Organisation der Kriegsstrüppel gegen die Einführung von Hazardspielen wendete. In Ravenna haben sich an dem Ueberfall auf den Republikaner Guerrini zwei Angehörige der Miliz für die nationale Sicherheit, die ihn wegen einiger in einem republikanischen Blatt erschienenen Artikel verhaftet hatten, energisch beteiligt, so daß er schwer verwundet damederlegt.

Die faschistischen Gewerkschaften machen auch Sorgen. Da soll alles hinein: Unternehmer, Agrarier, freie Berufe, Arbeiter; aus all dem rührt man dann den Brei der Klassenharmonie. Einstweilen hat die Konföderation der Industrie und die der Landwirtschaft ihren Beitritt verweigert. Die Arbeiter müssen hinein, denn ohne die Mitgliedskarte bekommen sie keine Arbeit. Die Unternehmer wollen nicht, denn sie klagen, daß die faschistischen Organisationen für die faschistischen Arbeiter dieselben PreSSIONen machen wie seinerzeit die roten Organisationen für ihre Organisierten. Es ist wirklich Zeit, durch ein Dekret den Klassenkampf abzuschaffen.

Während unlängst in Mailand die alte sozialistische Partei mit starker Mehrheit die von Moskau abgelehnte Reform der Partei mit den Kommunisten abgelehnt hat, wird durch den Druck von außen doch eine gewisse Solidarität aller proletarischen Massen erzielt, denen das faschistische Joch den Nacken drückt. Durch Dekret läßt sich manches abschaffen, durch Druck manches vernichten. Aber was lebenswert und lebensfähig ist, lebt trotz der Dekrete und hebt das Haupt trotz des Drucks. So wird auch der 1. Mai wieder leben und das italienische Proletariat wieder ebendürftig eintreten in den schweren und opferreichen Kampf für Freiheit und Menschenwürde.

Die Maifeier in Südtirol.

Die sozialdemokratische Parteiführung für Südtirol veröffentlicht im Bozener „Volkrecht“ folgende Aufrufe: Infolge der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist es schwer in Südtirol nicht möglich, die Feier des 1. Mai in der bisher üblichen Weise zu begehen. Versammlungen und Demonstrationen müssen

entfallen und die Arbeitsruhe kann nur eine beschränkte sein.

Wir fordern aus diesem Grunde unsere Genossen und Freunde auf, in zwanglosen abendlichen Zusammenkünften am 1. Mai der Bedeutung des Tages, welcher in allen anderen Staaten der Manifestation gegen Imperialismus, Militarismus und Kapitalismus, gegen die nationalstolische Herrschaft, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker und gegen den völkerverwundlichen Merkantilismus gewidmet ist, zu gedenken.

Im Geiste sind wir am 1. Mai bei unseren Genossen in Oesterreich und Deutschland, in England, Frankreich und Rußland, wie überall, wo der freie Geist noch nicht in Ketten geworfen ist, und drücken ihnen in unerschütterlicher Solidarität die Bruderhand.

Hoch der internationale Sozialismus, trotz alledem!

Schweyer und Degoutte.

Eine schwierige Preisfrage.

An zwei Stellen des Deutschen Reiches wird das Proletariat am 1. Mai nicht öffentlich demonstrieren dürfen; im Ruhrgebiet und in München, im Machtbereich des Generals Degoutte und in dem der Herrn Hitler bzw. seines Domestikums Schweyer.

Wenn man unter den Werttätigen unseres Volkes die Preisfrage veranlassen würde, wer in diesem Falle in ihren Augen verabscheuungswürdiger ist, der französische Oberkommandierende oder der bayerische Schattenminister, so wäre dieses Problem nicht leicht zu lösen. Denn der Franzose sitzt in Düsseldorf als Feind im Lande, er hat von seinen Pariser Auftraggebern die Anweisung, die deutsche Bevölkerung durch Schikanen, Brutalitäten und Demütigungen müde zu machen, und er geht an diese seine Aufgabe mit allen Gewohnheiten und Borurteilen heran, die er als französischer Militär von seiner Heimat hergebracht hat. Da nun die französische Bourgeoisie in der roten Fahne ein „emblieme saditeux“, ein aufrührerisches Abzeichen, erblickt, das sogar unter das Strafgesetz fällt, da sie die Feier des 1. Mai als ein revolutionäres Verbrechen seit jeher beschimpft und jeden Versuch einer öffentlichen Mai-Demonstration durch Militär und Polizei zu sprengen gewöhnt ist, so wäre es eigentlich ein Wunder, wenn die französischen Generale im besetzten Gebiet die geplanten Kundgebungen der deutschen Arbeiterklasse nicht verbieten würden.

Der Bayer dagegen geht kaltsblütig-provozierend gegen die eigenen Volksgenossen vor, deren Ueberlieferungen und Ideale er ganz genau kennt. Die Begründung seines Verbotes ist so unwahrhaftig und unwahr, daß sie seine Tat nur noch erbärmlicher erscheinen läßt. Der wirkliche Grund dieser Maßnahme dürfte viel einfacher sein: Herr Hitler, der ungeniert seine bewaffneten Feldübungen und Straßenparaden veranstalten darf, hat mit Recht gefürchtet, daß die Mai-Kundgebung des Münchener Proletariats so gewaltig sein würde, daß der ganze Zauber seiner gerüsteten Banden, mit denen er die Anklings-Schweyer-Regierung terrorisiert, bei diesem Vergleich in Nichts zerrinnen würde. Er hat das Umzugsverbot gefordert und erwirkt. Es ist übrigens nicht das erstemal, daß er bei der sogenannten bayerischen Staatsautorität im Kommando seine Willen durchsetzt.

Ueberlegt man sich die Wirkung dieser beiden Mai-Verbote an und hinter der Ruhrfront, so steigt die Antwort in beiden Fällen nahe: die Maßnahme der französischen Militärbehörde wird den Zorn der Arbeiter gegen die Fremdherrschaft steigern, ihren Willen zum passiven Widerstand gegen den Eindringling stärken; die Maßnahme der bayerischen Behörden kann diese Stimmung nur erschüttern, denn sie ist ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter im unbesetzten Gebiet und ein Dolchstoß in den Rücken der Arbeiter im Machtbereich des fremden Militarismus!

10-Mai-Feier in Paris. Wie Arbeiter werden, wie man mehr feiert, morgen für 10 Minuten die Arbeit niederlegen.

Bonaparte hat eine einmonatige Erholungsreise zur See angetreten. Laut „Daily Express“ wird Curzon stellvertretender Premierminister.

Völkisches Bekenntnis zum Umsturz.

Der Bund „Bayern und Reich“ hat in seinem Programm der bayerischen Regierung Unterstützung „gegen jede Erschütterung der Staatsordnung“ zugesagt. Dagegen polemisiert das „Heimatland“, das Organ der sogenannten „vaterländischen Bewegung“ Bayerns mit folgenden Ausführungen: Die vorkochliche Unterstützung der Regierung „gegen jede Erschütterung der Staatsordnung“ ist nicht nur eine Abgabe an die in der Selbstschutzbewegung bisher allgemein verfolgte Taktik, sondern sie ist auch praktisch in den Verhältnissen durch nichts gerechtfertigt. Sie bedeutet zudem, und das ist ausschlaggebend, einen Verzicht auf die Verwirklichung der letzten Ziele der deutschen Freiheitsbewegung.

Es handelt sich hier nicht um einen der sonst so beliebten urbanerischen Temperaturausbrüche, sondern um eine wohlwogene Prinzipienklärung. Hoffentlich kommt man nun nicht mehr mit der Ausrede, der geplante völkische Umsturz sei nur eine bayernfeindliche Hepphantastie und ein Produkt von Spießbüchsen.

Jungsozialisten gegen Hitlerei.

Goslar a. H., 30. April. (Eigener Bericht.) Der Reichsausschuh der Jungsozialisten hielt am Sonntag in Goslar eine Tagung ab, an der Vertreter der Jungsozialisten aus allen Teilen des Reiches teilnahmen. Es wurde folgende Entschliessung gefaßt: Der Reichsausschuh der Jungsozialisten nimmt mit tiefem Absehn Kenntnis von dem blutigen Ueberfall bayerischer Faschisten auf eine friedliche jungsozialistische Zusammenkunft in München. Er richtet an die Reichsregierung die dringende Aufforderung, diesem gewissenlosen, das Ansehen der deutschen Republik sehr schädigenden Treiben schnellstens ein Ende zu bereiten. Ein weiteres tatenloses Zusehen der Regierung zwingt die Betroffenen zur Selbsthilfe und beschwört die Gefahr eines Bürgerkrieges herauf. Gleichzeitig erwartet der Reichsausschuh von den republikanischen Parteien, daß sie unbeforsigt für ein rückstufloses Nachprüfen der verantwortlichen Stellen sich einsetzen. Die Jungsozialisten im Reich aber ruft er auf, mit erhöhtem Eifer für die Ideale des demokratischen Sozialismus zu kämpfen.

Preussische Siedlungstätigkeit.

Im Siedlungsausschuh des Preussischen Landtags machte die Regierung zahlenmäßige Angaben über die Siedlungstätigkeit der letzten Jahre in Preußen. Auf Grund des Siedlungsgesetzes sind in den Jahren 1919 bis 1922 insgesamt 7417 Neusiedlungen auf 70 000 Hektar geschaffen worden. Die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften haben jetzt noch einen Landvorrat von: Eigene Scholle in Brandenburg 7000 Hektar, Landbank in Berlin 1600 Hektar, Pommerische Landgesellschaft in Stettin 9000 Hektar, Ostpreussische Landgesellschaft in Königsberg 1100 Hektar, Schlesische Landgesellschaft in Breslau 1800 Hektar. Zur Frage der Roggenrentenbeteiligung wurde mitgeteilt, daß schon über 25 Milliarden Mark Roggenrentenrisiko vorhanden sind. Zur Förderung der Siedlung soll eine Leihleihe in Höhe des Gegenwertes von 15 Millionen Zentnern Roggen, also von 600 Milliarden Mark, aufgenommen werden. Aus dem Aufkommen der Wohnungsbaubank soll ein angemessener Teil dem Landwirtschaftsministerium für sämtliche Siedlungsbauten zur Verfügung gestellt werden.

Der Reichstagsantrag auf Freigabe des Königsplatzes zum 1. Mai ging, wie berichtet bemerkt sei, nicht von den Sozialdemokraten, sondern von den Kommunisten aus. Diese erklärten sich jedoch mit seiner Zurückstellung einverstanden, weil sie den Kampf gegen das Versammlungsstempelgesetz als wichtiger anerkannten.

Auflösung der Hitler-Partei in Hessen. Das hessische Innenministerium hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei im Volksstaat Hessen verboten. Ihre in Hessen bestehenden Ortsgruppen werden für aufgelöst erklärt.

Marty zum 26. Male gewählt. Die „Humanität“ teilt mit, daß André Marty zum 26. Male zum Gemeinderat ernannt worden ist.

Der exklusive Dichter.

Von Hans Bauer.

Den Dichtern steht es in der Regel durchaus nicht an dem Willen, in die Masse zu dringen. Eher schon an dem Vermögen dazu.

Eine Ausnahme von dieser Regel macht Stefan George. Stefan George hat statt des Publikums einen „Kreis“. Er legt Wert darauf, daß sich dieser Kreis nicht unnötig erweitert. Als neue Waffe gegen die Unberufenen, die profane Masse, wie es wörtlich in einer Kunstzeitschrift heißt, die darüber berichtet, hat er jetzt eine neue Drucktype erfunden, die die Besondereit und Exklusivität der Georgischen Gedichte noch besser unterstreichen soll, als es die kleinen Anfangsbuchstaben, mit denen er auch Substantiva drucken läßt, bisher schon tat.

Es ist Georges Sache, wie er, was er und für wen er drucken läßt. Seine klangreichen Gedichte greifen uns in aller Formvollendung viel zu wenig ans Herz, als daß wir Freunde seiner Kunstertüchtlichkeit geworden wären und Wünsche äußerten, weil uns die Kunst des Autors interessierte. Aber als Erscheinungsform eines Snobismus, der trotz der ungeheuren Prüfungen, die hier blutige und fünf Jahre der Verarmung über uns drachten, immer noch nicht gestorben ist, verdient die SZ-Schrift doch Beachtung.

Es sind oft die besten und feinsten Dichter, die Scheu vor der Menge empfinden. Nicht weil sie die Menge ist, sondern weil sie Scheu fühlen, jedem ihre Seele zur Schau zu stellen. Aber diese in einem guten und verinnerlichten Sinne exklusiven Dichter verzichten auf die Möglichkeiten der Drucktype und der Kleinschrift der Hauptwörter. Sie haben zu tiefe Demut vor dem heißen Herzen, als daß sie sein Blut an Unwürdigen verströmen möchten. Aber die Saabs haben ein kaltes Herz und wollen es vom warmen Gefühl der Menge nicht beschmutzen lassen.

Wertwürdige Menschen gibt es unter den Dichtern: sie rasen in die Welt hinaus, daß die ihnen die letzten Falten ihrer lebenden Seele offenbare.

Und merkwürdige Dichter gibt es unter den Menschen: sie bauen einen Wall aus selbstverwundenen Drucklettern um sich auf, daß es die Welt nicht so leicht habe, ihre Seelenlosigkeit zu erkennen.

Matinee zur Aufschilfe im Staatstheater. Zum Besten der durch den Franzosenfall schwer bedrohten Bühnen des besetzten Gebietes hatte der „Bühnenvolksbund“ am Sonntag eine Propagandaaufführung der Vereinigten Schauspielere Herne-Reddinghausen veranstaltet. Das Haus war gut gefüllt, nur leider die Wohl des Stückes wenig glücklich. Es nennt sich „Der Totentanz 1921, ein Spiel vom Leben und Sterben unserer Tage“. Der Name des Verfassers ist Leo Weismantel. Auf meist verdunkelter Bühne ziehen ein „Vorspiel“ und vier „Geschehnisse der Spielfolge“ mit rätselhaften Titeln, wie „Der doppelköpfige Tod“, „Ankunft des Todes“ u. dergl. vorüber. Der Tod, der in den Bildern eine bevorzugte

Rolle spielt, hat in dem Vorspiel bereits aus dem Parteil heraus seine Stimme zu erheben. Das Gemisch psychologischer Geschwollenheiten und Prosa, das sich im Drama gern mit dem klangvollen Namen Expressionismus schmückt, ist hier auf den Gipfel getrieben. In der letzten Szene „Bauerntod“ verhandelt ein Regierungsrat mit einer bäuerlichen Kommission, die wucherliche Erhöhung des Milchpreises fordert, aber dabei selbst in ihren verschuldeten Kisten und völlig hoffnungslosem Zustande wie eine Verkörperung des Elends selber aussieht. Der Regierungsrat lasiert zwischen kompromissloser Unschicklichkeit und christlichen Gewissensmahnungen in wunderlicher Weise hin und her. Einem der hartzerigen Burken erscheint eine Vision, bei der er sterbend zusammenbricht, und ein anderer, dem eines Betreffendes Stimme ins Ohr klingt, schießt plötzlich von Erbornen über. Dies alles abrupte Durcheinanderschütteln von Einfällen, die sich an Widersprüchen nicht genug tun können, gibt ebenso den anderen Bildern das Gepräge. Das Publikum, das gern applaudiert haben würde, verhornte schweigend.

„Charakter und Persönlichkeit“. Der alle zwei Jahre stattfindende Kongress für experimentelle Psychologie, der in diesem Jahre in Leipzig tagte, trug die Generaltitel „Charakter und Persönlichkeit“. Und so durfte man eine generelle Ueberblick erwarten über alles, was von der experimentellen Psychologie bisher erforschen war, um das Wesen einer Persönlichkeit zu erfassen. Drängten doch eine ganze Reihe von Wissenschaften immer mehr zu diesem Zentralpunkt hin. Jurisprudenz und Medizin beginnen sich seit einiger Zeit darauf zu besinnen, daß ihre Forschungen gerade das eine bisher übersehen haben: die Gesamtheit der menschlichen Persönlichkeit. Die Psychiatrie hat unter Führung Kraepelins einen Anlauf gemacht, um mit ihren Mitteln Charakter und Persönlichkeit zu bestimmen. Und endlich hat auch die experimentelle Psychologie, nach der ersten Dämpfung der Entdeckerkreise an den Intelligenzprüfungen, sich darum bemüht, dem Ziel der Erfassung der Gesamtpersönlichkeit näher zu kommen. Psychologische Profuratoren, Fragebogen zur Erfassung seelischer Differenzierungen, Diskussionen über das Praktikum und seine Berechtigung gegenüber den Ergebnissen der reinen Testprüfungen füllten denn auch einen guten Teil des Kongresses aus. Von den speziellen Versuchen waren die Charakter- und Begabungsforschungen bei Tieren von Ray-Kostoff sehr interessant. Er hat experimentelle Intelligenzprüfungen an Hühnern angestellt. So sperrie er zum Beispiel sieben Hühner durch einen Bergarten von Drahtgittern vom Futter ab. Ein einzelnes von ihnen, das auch sonst die zäheste Energie bewies, gelangte wirklich zum Orte seines Verlangens. — Romer-Göttingen zeigte in der allgemeinen psychologischen Abteilung neue Wege, in die Schichten einer Persönlichkeit mittels psychographischer Tiefenanalyse einzubringen. Seine Experimente demonstrierten, wie die Vereinigung von experimenteller Psychologie und der Psychoanalyse die Möglichkeit einer Persönlichkeitsdiagnostik erschloß. Selbst die Intuition, das Zusammenwirken von geistlichen und verstandesmäßigen Faktoren, konnte hier einer Analyse unterzogen werden.

Den Höhepunkt des Kongresses bildete das Referat von Prof. Krüger-Leipzig über den Strukturbegriff in der Persönlichkeitslehre. Er stellte die Anschauung Dilthey's in den

Mittelpunkt seiner Betrachtungen und zeigte, wie die einzelnen Forscher sich daraus orientiert haben, zum Teil ohne sich dessen bewußt zu sein; wie sie manches übersehen hatten, was bei Dilthey schon in klarer Formulierung vorhanden war. Und da er auch das im Augenblick so brennende Problem des Streites zwischen Gestalt- und Komplexauffassung der Wirklichkeit angriff, folgte seinen Ausführungen eine sehr lebhaft Debatte. Es kamen die verschiedensten Schulen zum Wort, und man fühlte, daß trotz aller Ausführungen eine unüberbrückbare Distanz zwischen ihnen blieb, weil sich hier unter der Maske von philosophischen Begriffen eben verschiedene Menschen mit verschiedenen Weltanschauungen gegenüberstanden. Im Schlusswort sagte Prof. Krüger das Ganze insofern zu einer Einheit zusammen, als er ausführte: „Das Problem der Persönlichkeit war von peripherer Betrachtungsweise aus nicht zu lösen, sondern nur vom Zentralen aus, und dieser Kern ist die Intuition, das Transzendente im Menschen.“

Das war ein seltsames und doch wahres Ergebnis für einen Kongress für experimentelle Psychologie, diese Erkenntnis, daß das Letzte, Wertvollste mit den bisherigen Methoden doch nicht erfasst war. Es bedeutete, daß die bisherigen Intelligenzprüfungen des letzten Entscheidende noch nicht berühren, daß sie eben das nicht erschlossen haben, was sie eigentlich — in der Auslese der Begabter — erschließen wollten. — Das eigentliche Charakterproblem hat auch dieser Kongress ungelöst gelassen. Vorläufig herrschen immer noch Einzeluntersuchungen, Einzelmethoden, Einzelergebnisse, während die Gesamttendenz ein Abdrücken von der experimentellen Art, den Geist mit einfachen Zählungs- und Rechnungsmethoden zu erfassen, und einen starken Einfluß philosophischer Betrachtungsweise verrät.

Internationale: Mai 1923. Im Verlag von S. H. W. Dieh Nachr. ist unter dem Titel: Internationale: Mai 1923 eine 16 Seiten umfassende Waischrift erschienen, die über den Tag hinaus Bedeutung hat. Neben Beiträgen von den Altimistern der Sozialdemokratischen Partei wie Kautsky, Bernstein, Rottenburg, Frohns und Stolten, finden wir das jüngere Geschlecht in Aufsätzen von Leipart, Ch. Lütjens und Toni Pfaff vertreten. Entsprechend dem Charakter des Tages geben Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung dem Fest einen besonderen Unterton. Als Vertreter Englands erscheint Tom Shaw, als Vertreter Italiens C. Treves, Rußland, wenn auch nicht das bolschewistische Rußland, repräsentiert Th. Dan, die Altschlowawer Karl Cernak, die nordischen Staaten Hans Amundsen und Rina Berg. Porträts der hervorragenden Vertreter der Bewegung, Abbildungen von Gebäuden und ein wichtiges wirkendes Gedicht Karl Brögers: „Zu deinem Gestade, Land des Menschen!“ geben der Festgabe ein würdiges, künstlerisches Aussehen.

Ein Konzert des Buchdrucker-Gesangsvereins „Typografen“ am 2. Mai findet am 1. Mai, abends 6 Uhr, in den Kammerböden, Tellover Str. 1, statt. Die Berliner „Typografen“ wird mehrere Gesellere bestücken. — Dem Konzert läßt sich eine gemischtsächliche Kapelle an. Reichstagspräsident Ebe sowie der schlesische Landesminister Tatar haben ihre Teilnahme zugesichert. Eintrittskarten zu 250 M. am der Abendkasse.

Sozialistenstieg in Madrid.

Paris, 30. April. (WIB.) Gestern haben die Parlamentswahlen in Spanien stattgefunden. Nach Blättermeldungen aus Madrid hätten die Sozialisten in der Stadt Madrid sechs Sitze erobert; die Regierungskandidaten hätten nur zwei Sitze erlangt.

Bürgerwahlstiege in der Schweiz.

Basel, 29. April. (WIB.) Im Parlament des Kantons Basel hatten 1920 die Bürgerlichen die Mehrheit an die Sozialdemokraten verloren. Diesmal unterlagen die Sozialdemokraten, und zwar erhielten die Bürgerlichen 67 Sitze, die Sozialdemokraten nur 61, während sie bisher 67 Sitze besaßen gegen 63 Bürgerliche. Als Regierungsmitglieder wurden 6 Bürgerliche gewählt, die beiden sozialistischen Mitglieder nicht wiedergewählt. Das Kennzeichen auch bei den übrigen Kantonsratswahlen in der Schweiz ist eine Abnahme der sozialdemokratischen Stimmen, vor allem aber der kommunistischen.

Die Spaltungsarbeit der Moskowiter hat auch in der Schweiz der Arbeiterfrage geschadet; außerdem wird die jüngste sozialistische Initiative auf scharfe Befehlssteuerung viele Kläuffer abgelehrt haben.

Adolf Hepner gestorben.

Genosse Adolf Hepner ist in München 76jährig plötzlich einer Lungenerkrankung erlegen. Mit ihm ist wieder einer der Genossen vom Schloge der Alten aus den Reihen der Partei geschieden, denn Hepner gehörte zu jenen Sozialdemokraten, die durch wissenschaftliche, vor allem philosophische Schulung den Typ des sozialistischen Menschen erstreben. Dieser Sozialist war es denn auch, der in den Stürmen der ausnahmsgezüglichen Jahre der Partei seiner inneren Orientierung getreu um der Sache willen immer härter zum Manne geschmiedet wurde. Hepner, ursprünglich zum Theologen ausersehen, kam ziemlich früh zum Sozialismus. Die Ideen Lassalles führten ihn 1869 dem Demokratischen Arbeiterverein in Berlin zu. Die Bekanntschaft mit Bebel und Liebknecht wurde entscheidend für ihn und schon nach dem Eisenacher Kongress 1899 fanden wir ihn in der Redaktion des „Volksstaat“. Die nach Sedan gegen die Bismarcksche Annexionspolitik gerichtete Kampagne der Partei und des „Volksstaat“ zog ihn mit in den bekannten Leipziger Hochverratsprozess. Er wurde aber nach 101 Tagen Untersuchungshaft freigesprochen, während Bebel und Liebknecht noch ihre zwei Jahre Hubertusbürgerschaft abbrummen mußten. Nach der dann erfolgten Ausweisung aus Leipzig wurde er Buchhändler in Breslau, von wo er seine eifrige Mitarbeit für den „Volksstaat“ fortsetzte. Wie viele andere der politisch gewandtesten Deutschen ging er in der Verfolgungsära nach den Vereinigten Staaten, war Redakteur in St. Louis und schrieb von dort aus Orientierungsaufsätze für die „Neue Zeit“. 1908 nach Deutschland zurückgekehrt, ließ er sich in München nieder. Bekannt sind seine Arbeiten und Vorträge zur Philosophie Diehagens, für deren Ideengänge er eifrig wirkte. Die Partei wird seiner ehrend gedenken.

Die Einäscherung des Genossen Hepner erfolgte am heutigen Montag, vormittags 9 1/2 Uhr, im Ostrfriedhof.

Milderung im Ostwesen.

WIB. schreibt: Im Ausland verbreitete Meldungen, wonach die deutschen Behörden strenge Vorschriften zur Einschränkung des Fremdenzuzugs nach Deutschland erlassen hätten, haben Anlaß zu Warnungen von Reisen von Ausländern nach Deutschland gegeben. Diese Warnungen sind unbegründet. Die Regierung und die Wirtschaftsverbände in Deutschland haben Maßnahmen gegen die Ausbeutung von Ausländern getroffen. Ersten Geschäftsleuten, aber auch Touristen, Fernreisenden, Besuchern von Ausstellungen, Kongressen usw. werden für Einreise und Aufenthalt keine Schwierigkeiten bereitet. Eine weit hergehende Handhabung der Ausländerkontrolle ist gewährleistet.

Wir vermissen noch die „Beitragigkeit“ bei wichtigen Einreisen in Familienangelegenheiten.

Aus der Partei.

Neuer Verlust der russischen Sozialdemokratie.

In der Nacht zum Montag ist der Genosse Simon Weinstein, eines der hervorragenden Mitglieder der russischen Sozialdemokratie, nach kurzem Leiden in Berlin gestorben. Weinstein war in der ersten Revolution, 1905, im Vollzugsausschuß des ersten Petersburger Sowjets. Seine energische Tätigkeit brachte ihn oftmals vor und nachher ins Gefängnis. Mit dem ganzen Vollzugsausschuß war er nach Sibirien verbannt, entflohen aber nach Baku, um hier wieder verhaftet und schließlich mit Zuchthaus bestraft zu werden. Kaum aus dem Zuchthaus befreit, setzte er mutig und unerschrocken seine Tätigkeit in Sibirien fort, bis er nach der Revolution 1917 nach Petersburg zurückkehrte und wieder in das Zentralkomitee gewählt wurde.

Seine Tätigkeit und sein Kampf gegen den Bolschewismus brachten ihm den Haß dieser Partei, und nachdem sie aus Rußland gekommen waren, mußte er neue Martyrertode erdulden. Nicht weniger als viermal wanderte er in diesen fünf Jahren ins Gefängnis, bis er im Sommer von der Tschaka wieder nach Sibirien verbannt wurde. Wegen seiner Krankheit wurde es ihm erlaubt, ins Ausland zu gehen. Er kam im Februar d. J. nach Berlin. Sein Organismus war nun aber vollkommen erschöpft und der Tod erreichte ihn hier. Er war eine große Kraft für die Bewegung. Sein rednerisches Talent würde ihn, unter anderen politischen Verhältnissen, zu einem der bedeutendsten Führer gemacht haben und seine große Energie und Selbstopferung mühten ihm die Liebe und Hingabe der ganzen Arbeiterklasse einbringen. Er ist aber nun im Erl als Opfer des bolschewistischen Terrors, als Märtyrer des Sozialismus gestorben.

Devisenkurse.

	30. April		28. April	
	Käufer (Weiß) Russ	Verkäufer (Weiß) Russ	Käufer (Weiß) Russ	Verkäufer (Weiß) Russ
1 holländischer Gulden	11620.87	11679.13	11571.—	11629.—
1 argentinische Papier-Peso	10507.91	10582.09	10773.—	10827.—
1 belgischer Franc	—	—	1740.63	1749.87
1 norwegische Krone	5162.06	5187.94	5162.06	5187.94
1 dänische Krone	5586.05	5593.95	5581.08	5588.94
1 schwedische Krone	7935.06	7991.94	7910.17	7949.83
1 finnische Mark	828.49	892.58	823.93	827.07
1 japanischer Yen	14483.75	14538.25	14483.75	14538.25
1 italienische Lire	1456.85	1463.65	1456.85	1463.65
1 Pfund Sterling	187655.—	188945.—	187258.—	187944.—
1 Dollar	29725.50	29874.50	29725.50	29774.50
1 französischer Franc	2014.98	2025.08	2019.98	2030.07
1 brasilianischer Milreis	8218.88	8238.07	8167.08	8183.94
1 Schweizer Franc	5401.46	5428.94	5401.46	5428.94
1 spanische Peseta	4588.62	4561.38	4588.15	4558.87
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	41.61	41.83
1 schwedische Krone	888.27	892.63	882.78	887.22
1 ungarische Krone	—	—	5.93	5.97
1 bulgarische Leva	—	—	221.44	222.68
1 jugoslawischer Dinar	—	—	305.23	306.77

Der Zusammenbruch der Gewerbesteuer.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Gewerbesteuer, die bisher die wichtigste Steuerquelle der Stadt war, immer zweifelhafter in ihrem Werte wird, weil sie sich auf den Erträgen des Vorjahres aufbaut und daher hinter der Geldentwertung einbehinkt. Nachdem nunmehr aber Preußen beabsichtigt hat, daß die Reichsbestimmungen über die Anpassung der Einkommensteuer an die Geldentwertung „hinwegmäßig“ auch auf diese Steuer zu übertragen seien, droht der Reinertrag der Gewerbesteuer vollständig wertlos zu werden. Die Stadt in ihrer Not kann aber unmöglich auf diese ihre wichtigste Steuerquelle verzichten, und die Sozialdemokratie wird dies unter keinen Umständen zulassen, da hier die einzige Möglichkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen besteht, um einen Teil der allgemeinen Lasten auf die wirtschaftlich stärksten Schultern zu legen.

Der Magistrat hat versucht, durch Ausführungsbestimmungen die schlimmsten Bevorzugungen wirtschaftlich starker Betriebe, die nach dem Geldentwertungsgesetz möglich wären, einigermaßen einzudämmen. Gleichwohl muß auch jetzt noch damit gerechnet werden, daß der Ertrag der Steuer immer noch um mindestens 30 Proz. hinter dem Etatsantrag zurückbleibt — ganz zu schweigen von der erstrebenswerten prozentualen Angleichung des Ertrages dieser Steuer an die übrigen. Der Magistrat hat deshalb in der gestrigen Finanzdeputationsitzung weiterhin den Vorschlag gemacht, den Normalsteuersatz ganz erheblich zu erhöhen und als Sicherungsbestimmung hinzuzufügen, daß die Gesamtsteuer nicht höher sein dürfe als etwa 5 Proz. des Ertrages des laufenden Jahres. Die bürgerlichen Parteien werden jetzt Gelegenheit haben, Farbe zu bekennen und zu zeigen, daß es ihnen Ernst war mit dem stereotypen Einwand, daß die Gewerbesteuer im Verhältnis zum laufenden Ertrage zu hoch sei, oder ob sie die Großbetriebe tatsächlich von einer tragbaren Steuer freihalten wollen. Um den etatsmäßigen Anseh der Gewerbesteuer zu erreichen, schlägt der Magistrat endlich eine Erhöhung der Kopfsteuer vor. Die ursprünglich geplante Lohnsummensteuer ist auch von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt worden, weil sie die Gefahr von Lohnrückereien vergrößert und die schlechtestgestellten Betriebe gegenüber den sozialer denkenden bevorzugt. Auch bei der Kopfsteuer ist jetzt auf Anregung der Sozialdemokratie (somahl die Stoffe wie die Freigrenze beseitigt worden, so daß keine Arbeiterentlassungen mit Rücksicht auf diese Steuer mehr zu befürchten sind. Es soll vielmehr für jeden beschäftigten Arbeitnehmer durchgängig eine jährliche Zuschlagsteuer von 20 000 Mark erhoben werden. Ueber die Höhe dieses Satzes wird die Stadtverordnetenversammlung bei den Etatsberatungen auf Grund des Bedarfs zu entscheiden haben.

Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung um Verlängerung der Sozialabgabe von den Gas- und Elektrizitätswerken, die früher bis zum 31. März bewilligt war und jetzt durch den neuen Haushalt als Dauerabgabe eingeführt werden soll. Es versteht sich von selbst, daß die Sozialdemokratie einer solchen Regelung nicht zustimmen kann, wenn die einzige Steuer, die bis zu einem gewissen Grade als Beihilfe eventuell bezeichnet werden kann, die Gewerbesteuer, faktisch zur Bedeutungslosigkeit gebracht wird. Eine Entscheidung über diesen Vorschlag des Magistrats wird also nur gemeinsam mit der Entscheidung über die Gewerbesteuer fallen können.

Der König der Schieber.

Beginn des Milliardenprozesses Wofak.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I begann heute morgen im kleinen Schwurgerichtssaal die Verhandlung in dem Großschieberprozess Wofak und 12 Genossen, der mehrere Wochen lang die Öffentlichkeit beschäftigten dürfte. Handelt es sich doch um Vorgänge, die auf die Nachkriegswirtschaft zahlreicher Reichswirtschaftsbedürben, vor allem der Reichstreuhänder-Gesellschaft und des Reichsverwertungsamtes, ein großes Schlaglicht zu werfen scheinen. Wenn die Anklage recht behalten sollte, dann hat man es in dem Hauptangeklagten Wofak mit dem „König aller Schieber“ zu tun. Jedenfalls hat W. im Vergleichswege bereits nicht weniger als 450 Millionen Mark an den Reichsschatz herausgezahlt. Unter der Anklage des Betruges, der Urkundenfälschung, aktiver und passiver Bestechung sind folgende 13 Personen angeklagt: Kaufmann Franz Wofak, Lehnhüter Erich Lamia, Ingenieur Waldemar Thom, Lagerverwalter Emanuel Baumann, Ingenieur Max Schapiro, Buchhalter Willy Martini, Kaufmann Georg Kalder, Kaufmann Georg Schauer, Kaufmann Paul Müller, Buchhalter Max Tietze, Kaufmann Max Kühn, Ingenieur Otto Benfer und Kaufmann Karl Foersch. Die Angeklagten waren teils in Privatbetrieben, teils bei Reichsbehörden und Reichswerten angehehrt.

Generalversammlung der Arbeiter-Samariter.

Die Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin E. B. versammelten sich am Sonntagabend, um den Bericht über den 6. Bundeskongress der Arbeiter-Samariter-Bundesangehörigen, in Haderndes festzusetzen. Den Bericht über den Bundeskongress, der vom 30. März bis 2. April in Leipzig tagte, gab Genosse Dunkel. Er führte aus, daß die hiesigen Genossen des A.S.B. einen Antrag eingebracht hatten, der die Wiedervereinigung mit dem proletarischen Gesundheitsdienst (P.G.D.) forderte. Zu diesem Zweck war eine Vereinigungskommission gewählt worden, die die nötigen Vorarbeiten leisten sollte. Der finanzielle Frage wurde größte Aufmerksamkeit geschenkt. Aus dem Bericht der Vereinigungskommission ging hervor, daß der P.G.D. einen Antrag gestellt hatte, der die Befreiung des Bundesvorstandes regeln sollte. Wie diese „Regelung“ aussehen sollte, sah man davon, daß der P.G.D. für sich vier Vorstandsposten beanspruchte, dem A.S.B. aber nur drei Stellen zubilligen wollte. Hierzu sprach als erster Redner Deutschmann vom P.G.D., dessen einstündiges Referat sich lediglich mit politischen Fragen beschäftigte. Auch der nächste Redner des P.G.D., Dr. Rauber, hielt alles andere als eine Einigungsgerede. Schließlich nahm der Bundeskongress einen Antrag an, der besagt, daß die Verhandlungen zur Vereinigung von dem Bundesvorstand des A.S.B. und dem Vorstand des P.G.D. weitergeführt werden. Die Geldentwertung machte es erforderlich, je Mitglied und Monat 100 M. Bundesbeitrag zu erheben. Bei den Wahlen ging Genosse Kerschmer, Chemiker als Bundesvorsitzender hervor. Somit ist die Geschäftsstelle nach Berlin nach Chemnitz verlegt. Ein Vortag des Genossen Dr. Frommholz, München über den Unterricht in den Kolonien beschloß den Bundeskongress. In der Diskussion bezeichnete man die Regelung der Befreiung des Bundesvorstandes, wie sie der P.G.D. verlangt, als unmöglich. Den P.G.D.-Mitgliedern sei an einer Einigung nicht viel gelegen. Genosse Dr. Reisinger betont, daß, wenn eine Einigung zustande käme, viele Kerne der A.S.B. verlassen würden. Genosse Siegle bedauerte den Beschluß des Bundeskongresses bezüglich der Einigung, da man in ein schwerwichtiges Verfahren eingegriffen habe. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, in dem der Bundesvorstand ersucht wird, auf das Sportfest Berlin einzutreten, daß das Schiedsgericht in Sachen A.S.B. und Sportfest endlich zusammentritt. Nach dem Geschäftsbericht des Genossen Jäger entspann sich bei der Frage der Beitragsenthebung eine längere Debatte, die damit endigte, den Beitrag zusammenzusetzen aus Bundes- und Kreisbeitrag zuzüglich 100 Prozent. Am Schluß der Versammlung gelangte noch ein Antrag zur Annahme, der die Arbeiter-Samariter auffordert, die Bestrebungen der

Arbeiter-Samariter-Kolonie auch finanziell zu unterstützen. Eventuell wolle man eine Arbeiter-Samariter-Werbewoche veranstalten.

Schweres Autounglück zwischen Wannsee und Potsdam

Fünf Personen verlegt.

Ein schweres Autounglück hat sich gestern nachmittag in der vierten Stunde auf der Chaussee Wannsee—Potsdam ereignet. Obgleich die Straße genug Raum zum Ausweichen bot, fuhr ein dem Kaufmann Wolff, Kaiserdamm 22, gehöriges Privatauto auf ein gleichfalls in der Richtung Potsdam fahrendes Gespann des Kaufmanns Wobde aus Zehlendorf auf. Bei dem fürchterlichen Anprall ging das Fahrzeug vollständig in Trümmer, keine Insassen, das Ehepaar Wobde, zwei Kinder und ein Herr wurden in weitem Bogen herausgeschleudert und mehr oder minder schwer verletzt. Die Verunglückten wurden sogleich in das Krankenhaus Potsdam geschafft, wo bei Frau Wobde lebensgefährliche Verletzungen festgestellt wurden. Auch der Kraftwagen wurde völlig demoliert. Die Augenzeugen berichten, hatte der Lenker anscheinend die Herrschaft über den Kraftwagen verloren, da es sonst völlig unerklärlich ist, wie er das vorchriftsmäßig auf der rechten Seite der Chaussee fahrende Gespann von hinten anfahren konnte.

Der Aufsichtsrat der hiesigen Güter G. m. b. H. hat in seiner heutigen Sitzung die Gesamtverpackung der Güter abgelehnt.

Männerchor „Garmone“, Charlottenburg. 1. Mal, früh 9 Uhr, Treffpunkt Kaiserdammallee, Ecke Hasenburger Ufer; Admaria zum Kleinen Tiergarten, 10 Uhr. — **Sonntagschor, 5. Mal, Vierteljahresversammlung bei Wobde, Schloßstr. 45.** — **Die Säger des 11. Bezirks des T.S.B.D.,** Gau Berlin und Umgebung, sammeln sich am Dienstag, 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im Kleinen Tiergarten, Stronstraße, am Krügerdenkmal, mit Banner, bündelweise Ertragslisten und reichliche Musik aller Art. — **Arbeiter-Liedertag** Gau Berlin, Bezirk E. Treffpunkt 1. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, am Zoo, gegenüber der Medizinalstr. Es werden gesungen: „Brud an den Mai“, „Gd warte dein“, „Frühlingslieder“ und „Internationale“.

Tragisches Ende eines Fußballspiels.

Zwei Tote, 900 Verletzte.

Bei dem am Sonntag nachmittag abgehaltenen Fußballspiel zwischen Bancaforte und London, kam es zu ersten Zwischenfällen. Mehr als 200 Personen versuchten durch die Barrikaden in das Stadion einzudringen, in dem sich bereits 100 000 Gäste befanden. Die zum Teil mit Revolvern bewaffnete Polizei ging gegen die Menge vor. In dem Gedränge wurden mehr als 900 Personen, darunter 84 schwer, verletzt. Außerdem sind zwei Tote zu verzeichnen.

Lufftgepäck London—Berlin.

Der erste London-Berlin-Daimler-Lufftgepäck, der die Strecke in einem Tag zurücklegt, verläßt Croyden heute vormittags 9 Uhr 30 Minuten mit sieben Passagieren. Zunächst flog das deutsche Flugzeug, das den regelmäßigen Dienst von Berlin nach London eröffnet, heute vormittags 9 Uhr von Berlin ab. Es wird um 6 Uhr 55 Minuten abends auf der Londoner Lufftfraktion erwartet, wo ein Daimler-Lufftgepäck bereitsteht, um den Berlin'schen Dienst mit Manchester, das um 8 Uhr 15 Minuten erreicht werden soll, zu verbinden.

Sport.

Grünwald-Rennen am Sonntag, den 29. April.

1. Rennen. 1. Chalki (Worley), 2. Steinberger (Eh), 3. Demetris (Walt Müller). Toto: 21:10, Platz: 12, 12:10. Ferner liefen: Nachbauer, Dollit.
2. Rennen. 1. Gracie (Certe), 2. Welcome Billie (Edler), 3. Polynah (H. Brown). Toto: 27:10, Platz: 11, 11:10. Ferner liefen: Carolus, Rella.
3. Rennen. 1. Heger (v. Herber), 2. Royal Blue (Dr. Bed), 3. Duhz (v. Vollenberg). Toto: 36:10, Platz: 19, 23:10. Ferner liefen: Derzog, Svanorad.
4. Rennen. 1. Ritter Klauhart (Tales), 2. Sommerlor (Wismar), 3. Tannonia (Eh). Toto: 40:10, Platz: 17, 18, 21:10. Ferner liefen: Corona, Brille, Fontana, Klauhart, Erlich, Reihans, Rabiola.
5. Rennen. 1. Clement (Ulrich), 2. Erbe (Certe), 3. Hussgriff (Eh). Toto: 27:10, Platz: 13, 13:10. Ferner liefen: Rogart, Winor, Elmado.
6. Rennen. 1. Trompeter (v. Dörner), 2. Hageding (v. Vollenberg), 3. Rautendelein (v. Herber). Toto: 18:10.
7. Rennen. 1. Lotz (Kuller), 2. Wamms (P. Lemke), 3. Tannenfeld (Roh). Toto: 48:10, Platz: 15, 14:10. Ferner liefen: Elgartha, Antira.

Reinants- und Motorradrennen im Stadion. Nachdem am Sonntagabend die Vorläufe für das Reinantsrennen im Stadion sowie die Motorradrennen stattgefunden hatten, waren viele Sportinteressenten abwesend, daß die Bahn des Stadions, die bisher nur zu Radrennen benutzt wurde, sich auch im Kleinmotorrennen bewährte. Die T.S.B. Fahrer Urban und Seifert bildeten im ersten und zweiten Rennen der Klasse 150 bis 250 ccm Hüllleistung ein gutes Paar und es gelang ihnen, mit ihren 250 ccm Maschinen Gegnern mit stärkeren Maschinen in beiden Rennen glänzend zu schlagen. Im dritten Rennen legte Schollstein, der mit seiner 250 ccm Maschine fuhr, das Kleinmotorrennen für Wagen bis 4-Steuern über 40 Stunden wurde vom Start bis Ziel von Caracciolo (Ego 3,89 PS) gefahren. Am letzten Sonntag fuhr (Koco 3,9 PS) Weiblich (Grade 3,85 PS) und Östner (Emitron 3,89 PS). Ego ging als Sieger durch Ziel.

Das Rennen der Wagen bis 5 Steuer-PS veranlaßte vorerst zwei Vorläufe von je 20 Runden. Den ersten Vorlauf holte sich Feiltenhauer auf 3,85 PS, während den zweiten Vorlauf Pingel auf Emitron 3,89 PS gewann. Am Entscheidungslauf übernahm Pingel die Führung, mußte diese aber schon in der 37. Runde an Feiltenhauer abtreten. Nachdem Pingel in der Runde einen Reifenschaden erlitten hatte, war es für Feiltenhauer leicht, den Sieg zu erringen. Pingel, der in der 38. Runde das Rennen wieder aufnahm, zeigte noch recht beachtenswerte Leistungen.

- Resultate:** 1. Reichsmotorräder bis 150 ccm (1,4 PS), 20 Runden. 1. Urban auf D.M. 0,867 PS, 12 Min. 20,4 Sek. 2. Eiserl auf D.M. 0,867 PS, 2 Meter zurück. 3. W. Salzer auf D.M. 0,875 PS, 670 Meter zurück.
2. Reichsmotorräder bis 250 ccm (1,9 PS), 30 Runden. 1. Eiferl auf D.M. 0,867 PS, 14 Min. 49 Sek. 2. Urban auf D.M. 0,867 PS, 1/2 Meter zurück. 3. W. Nibel auf A.S.U. 0,75 PS, 2080 Meter zurück.
3. Reichsmotorräder bis 350 ccm (2,7 PS), 40 Runden. 1. Schollstein auf D.M. 0,867 PS, 22 Min. 20 Sek. 2. Urban auf D.M. 0,867 PS, 770 Meter zurück. 3. Eiserl auf D.M. 0,867 PS, 1150 Meter zurück.
4. Reinants bis 4-Steuern-PS, 40 Runden. 1. W. Caracciolo auf Ego 3,89 PS, 20 Min. 29,3 Sek. 2. G. Weiblich auf Grade 3,85 PS, 20 Min. 45 Sek. 3. Hoffmann auf Koco 3,9 PS, 1680 Meter zurück.
5. Reinants bis 5-Steuern-PS, 50 Runden. 1. W. Caracciolo auf Ego 3,89 PS, 20 Min. 29,3 Sek. 2. G. Weiblich auf Grade 3,85 PS, 2100 Meter zurück. 3. Weiblich auf Peter Wotik 4,99 PS, 3150 Meter zurück.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und ziemlich häufigen jähweiligen bis heftigen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Weitere Treffpunkte zur Maidemonstration werden morgen früh veröffentlicht.

6. Kreis, Wilmsdorf. Heute Montag, abends 7 1/2 Uhr, Frauenversammlung bei Frau Hoffmeister, Ort. 60. Thema: „Raz! Raz!“, Referent: Stadtschulrath Frau Dr. Gieseler.

